

DEUTSCHLANDS LINKE

Ein Wort, und schon ist man stalinistisch

Neue Aufregung um die deutsche Linkspartei: Ein Nebensatz genügte – und alle fallen über die Vorsitzende her. Dabei hat Europas stärkste linke Kraft ganz andere Sorgen.

VON WOLFGANG STORZ, FRANKFURT AM MAIN

Wie schwach sich die deutsche Partei Die Linke fühlt, ist daran zu erkennen, dass sie sich wegen einer klitzekleinen und inhaltlich läppischen Kampagne – ausgelöst durch einen Bericht der in Deutschland einflussreichsten Nachrichtensite «Spiegel Online» – buchstäblich aus der Fassung bringen lässt. Tenor des Textes: Die Parteivorsitzende Gesine Löttsch will den Kommunismus. «Nein, nein, wir schwören es, wir wollen keinen Kommunismus einführen», beteuerten daraufhin tagelang alle führenden PolitikerInnen der Partei, «nein, nein, bitte glaubt uns». Löttsch stand plötzlich im Abseits, sogar in der eigenen Partei.

Was war geschehen? Gesine Löttsch hat für die linke Tageszeitung «Junge Welt» einen Aufsatz geschrieben, in dem sie zu Beginn kurz, ungenau, unvermittelt und vor allem unbegründet von den «Wegen zum Kommunismus» fabuliert («die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung. Auf jeden Fall wird es nicht den einen Weg geben») – um dann über viele Zeilen hinweg ihre Vorstellungen von einer «radikalen Realpolitik» zu erläutern.

Die «Spiegel»-Kampagne

Es war ein ebenso handfester wie unspektakulärer Beitrag, bis ihn ein «Spiegel Online»-Redaktor las und seine Arbeit verrichtete: Er verfertigte auf Basis der ersten Zeilen und unter Vernachlässigung des restlichen Artikels einen Text mit dem Inhalt, Löttsch wolle Deutschland kommunistisch machen. Dann holte er von ihren innerparteilichen GegnerInnen und von anderen Parteien empörte Stellungnahmen ein, und fertig war die Kampagne.

Nun muss man dabei wissen, dass «Spiegel Online», wie viele andere Onlinemedien, unter dem Druck, möglichst hohe Klickraten zu erzielen, im Hauptgeschäft schon lange politische Spektakel ins Schaufenster stellt und so gut wie keine seriöse politische Berichterstattung mehr liefert. Dass «Spiegel Online» nicht selten versucht, mit Halbwahrheiten – bekanntlich die gefährlichsten Lügen – das Tagesgeschehen etwas aufzumischen, ist also wahrlich keine Überraschung mehr. Eine Partei, deren professionelle Spitze sich wegen einer solchen Lappalie total aus dem Konzept bringen lässt, kann sich mithin nicht sehr sicher im Sattel fühlen.

Die entscheidende Frage lautet daher: Geht es der Partei Die Linke wirklich so schlecht, wie sie sich offensichtlich fühlt? Darauf gibt es zwei Antworten. Die erste lautet: Nein. Die zweite lautet: Ja.

Tragen wir die öffentlich zugänglichen Befunde über den Zustand der Partei zusammen. Die Linke eilte seit der Parteigründung vor etwa fünf Jahren von Erfolg zu Erfolg: Sie ist heute in dreizehn von sechzehn Landtagen vertreten, sitzt zudem in zwei Bundesländern (Berlin und Brandenburg) jeweils mit in der Regierung und erzielte bei der letzten Bundestagswahl (im September 2009) 11,9 Prozent der Stimmen.

Drei Zäsuren

Mit dieser Wahl kam es jedoch in dreierlei Hinsicht zu einer Zäsur. Die damalige Parteiführung zerbrach in einem spektakulären öffentlichen Streit. Oskar Lafontaine, die Galionsfigur der Partei, zog sich nach einer schweren Krebserkrankung ins Saarland zurück. Lothar Bisky, mit Lafontaine zusammen Parteivorsitzender, gab sein Amt ebenfalls auf und entfernte sich in Richtung EU-Parlament.

Gregor Gysi wiederum, der Fraktionsvorsitzende, verkämpfte sich gegen den damaligen Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch, dem Intrigen gegen Lafontaine nachgesagt

Geht es der Partei so schlecht, wie sie sich fühlt? Ja und nein.

wurden. Und so wurde im Frühsommer 2010 eine neue Parteispitze gewählt, streng durchquotiert nach Ost und West: Es gibt eine Parteivorsitzende Ost (Gesine Löttsch) und einen Parteivorsitzenden West (Klaus Ernst). Beide sind in der Partei umstritten – Klaus Ernst wegen seines Lebenswandels (er fährt einen alten Porsche und ist den schönen Dingen nicht abgeneigt), Gesine Löttsch wegen des Kommunismus («jeder nach seinen Bedürfnissen»). Gab es also einst eine klare Führung, so gibt es

heute ein Führungsknäuel: Die Alten sind noch nicht richtig weg, die Neuen noch nicht richtig da, und überhaupt niemand weiss, ob es sich lohnt, sich auf die Neuen einzustellen, denn im kommenden Herbst, so lauten Gerüchte, sollen Ernst und Löttsch bereits abgewählt werden.

Die zweite Zäsur: Der Partei sind mittlerweile all ihre Erfolgsthemen abhandengekommen. Selbst der Discounter Lidl fordert – wenn auch aus äusserst durchsichtigen Gründen – öffentlich einen Mindeststundenlohn von zehn Euro, und die Regierung von Angela Merkel bereitet den Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan vor.

Und die dritte Zäsur: In den vergangenen Jahren ergaben die Meinungsumfragen keine rot-grüne Mehrheit. SPD und Grüne waren für eine Regierungsbildung auf Die Linke angewiesen – in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel benötigt die rot-grüne Landesregierung in entscheidenden Fragen zumindest eine Stimmenthaltung der linken Landtagsabgeordneten.

Nun signalisieren Umfragen im Vorfeld der Landtagswahlen in Hamburg (Februar) und Baden-Württemberg (Ende März), dass es wieder für rot-grüne Mehrheiten reichen könnte, vor allem weil die Grünen so stark geworden sind (ihre Werte liegen stabil bei zwischen fünfzehn und zwanzig Prozent).

Mit anderen Worten: Nach einer fünfjährigen furiosen Erfolgsgeschichte steht Die Linke heute ohne Themen, ohne Machtperspektive und ohne eine klare Führung da.

Politische Schräglage

Damit nicht genug. Denn es kommt noch ein sehr tiefgehendes strukturelles Problem hinzu, das mit erklären könnte, warum nicht nur Die Linke, sondern auch die SPD (und übrigens auch die Gewerkschaften) nicht in die Offensive kommen. Im Moment sortieren sich die Mittel- und Oberschichten in Deutschland politisch neu: Das schlägt sich in den Verwerfungen zwischen Union (halbwegs stabil), FDP (im freien Fall) und Grünen (im Höhenflug) nieder.

Ganz anders verhalten sich die unteren vierzig Prozent der Bevölkerung. Die beinahe feudalistisch anmutenden sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in Deutschland fordern – nachweisbar anhand der Wahlbeteiligung – ihre Opfer in Form einer politischen Schräglage. Diese für SPD und vor allem Die Linke wichtigen Schichten verabschieden sich mehr als andere vom politischen System: Resignation und Wahlverweigerung greifen zunehmend um sich.

Wie geht es also einer Partei, die sich mit solchen Befunden konfrontiert sieht? Die noch immer gespalten ist in Ost und West, in pragmatische (vorwiegend im Osten) und radikale Flügel, in Fraktionen, die möglichst bald an der Regierung mitmischen wollen, und in Sektionen, die sich von einer politischen Arbeit in der Opposition (und auf der Strasse) mehr Wirkung versprechen? Und die wie die meisten linken Parteien der letzten hundert Jahre von der Debatte Reform oder Revolution geprägt ist? Ihr geht es ganz gut, denn noch immer ist Die Linke nicht zerbrochen, und noch immer liegt sie in bundesweiten Umfragen bei etwa zehn Prozent.

Das gegenteilige Urteil ist allerdings auch zulässig.